

THE GOOD, THE BAD AND THE UGLY

Reflektion der Aktionen gegen den Naziaufmarsch am 2. Juni in Hamburg-Wandsbek

Avanti-Hamburg, August 2012

Am 2. Juni 2012 hatte ein braunes Konglomerat aus NPJ und freien Kameradschaften dazu aufgerufen nach vier Jahren wieder einmal einen Aufmarsch in Hamburg durchzuführen. Nach der herben Niederlage der Nazis in Barmbek 2008 versuchten die Neonazis in diesem Jahr unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) auf zu marschieren - einer jährlich wiederkehrenden faschistischen Veranstaltung, die die Nazis in Norddeutschland bislang vergeblich versuchen zu einer Großveranstaltung auf zu blasen.

Der angekündigte Aufmarsch löste auf vielen Ebenen Gegenaktivitäten aus: Breite und langjährige Bündnisse wie das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) übernahmen eine zentrale Rolle in der Koordination der Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch und auch antifaschistische und autonome Gruppen starteten mit ihren Planungen.

Keine Zukunft für Nazis!

Die Mobilisierungen zum 2. Juni starteten schon viele Wochen vor dem fraglichen Datum und kamen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Bereichen. So fand bereits Anfang Mai ein unangemeldetes, antifaschistisches Konzert auf dem Schulterblatt unter dem Motto „AufMUCKEN gegen Nazis“ statt, bei dem über den Tag verteilt gut 10.000 Menschen den Klängen von Deichkind, Irie Revoltes und vielen weiteren Bands lauschten. Ebenfalls riefen Bands wie Kettcar und Schauspieler Robert Stadlober, in einem Mobilisierungsvideo dazu auf, sich gemeinsam mit FreundInnen, Verwandten und Nachbarn den Nazis entgegenzustellen.

In den Wochen vor dem Aufmarsch meldeten sich zudem gut 200 Vereine, Gruppierungen und Parteisektionen beim HBgR um den Aufruf gegen den Naziaufmarsch am 2. Juni zu unterstüt-

zen - für Hamburg eine erhebliche Zahl. Daraus ergaben sich über 50 unterschiedliche Veranstaltungen, die die Thematik des Neonazismus bis hin zum Rassismus der Mitte zum Thema hatten und ebenfalls in verschiedensten Spektren gegen den geplanten Aufmarsch mobilisierten. Hinzu kamen überregionale Mobilisierungsveranstaltungen in Norddeutschland, so dass für den 2. Juni mit einer großen antifaschistischen Mobilisierung gerechnet werden konnte.

Auch die Presse griff das Thema „Neonazis in Hamburg“ wiederholt auf. Rechercheergebnisse über die Drahtzieher des Aufmarsches sowie über Neonazis in Norddeutschland im Allgemeinen fanden ihren Weg in die auflagenstarken Zeitungen Norddeutschlands.

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund, aber insbesondere vor dem Hintergrund der Morde des NSU und der ungeklärten Rolle der Geheimdienste in diesem Zusammenhang, positionierten sich auch politische Kräfte gegen den Naziaufmarsch, die mensch sonst - zumindest in dieser Vehemenz - eher selten zu Gesicht bekommt. Dass der Senat bzw. die SPD Wochen vor dem Aufmarsch hunderte Plakate im Stadtgebiet gegen den Aufmarsch aufstellt, mag noch häufiger der Fall sein. Auch eine zentrale Gegenveranstaltung auf dem 4 Kilometer weit vom Naziaufmarsch entfernten Rathausmarkt gehört zum Standardrepertoire eines Stadtmarke-



tings. Dass aber Polizei und Verfassungsschutz bereits im Vorfeld öffentlich verkünden, „man werde alles tun, um einen Naziaufmarsch zu verhindern“ sind Worte, die mensch nicht ganz so oft in dieser Tonlage zu hören bekommt, aber die für Hamburg beispiellose Stärke der antifaschistischen Mobilisierung unterstreichen.

Siamo tutti antifascisti?

Das Verbot der ursprünglichen Aufmarschrouten der Nazis in der Innenstadt war somit absehbar. Interessant war vielmehr ob und in welcher Form den Faschisten ein Ersatz gewährt werden würde. Dass am Ende Wandsbek dieser Ausweichort sein würde, war nicht überraschend. Schon in den Tagen zuvor zeigte sich, dass die Innenbehörde, trotz allem verbal verkündetem Antifaschismus, in erster Linie polizeilichen Vorgaben folgen würde. Ein generelles Verbot des Aufmarsches, oder eine nur stationäre Kundgebung wurde nicht versucht vor Gericht zu erstreiten. Stattdessen präsentierte die Versammlungsbehörde dem Gericht einen Alternativvorschlag mit 4 Kilometern Länge, welcher der Naziforderung entsprach, und in einem Stadtteil (Wandsbek) stattfand, den die Hamburger Polizei aus vorher gemachten Erfahrungen gut in ihre Einsatztaktik einbinden konnte.

Der Innenbehörde war es wichtiger einen längerfristig und sorgfältig geplanten Einsatz durchziehen zu können, als den Neonazis bei deren Planungen Pa-

rolle zu bieten und damit das Risiko einer kurzfristigen Änderung der Taktik einzugehen. Immerhin hatte die Polizei 2008 eine empfindliche Niederlage einstecken müssen, als das Gericht kurzfristig zu Gunsten von AntifaschistInnen entschied und das Einsatzkonzept innerhalb einer Nacht komplett umgestellt werden musste.

Die Devise hieß also schon im Vorfeld: Gerichtliche Entscheidungen vermeiden, den Nazis auch mal nachgeben, Polizeieinsatz wie geplant durchziehen und im Zweifelsfalle lieber die Nazi-GegnerInnen wegknüppeln. Das Nachsehen hatten in jedem Falle die AntifaschistInnen, welche nicht nur Ihre Planungen jetzt auf Wandsbek umstellen mussten, sondern noch bis zum 2. Juni einen „guten Willen“ des Senates, zumindest aber ein nachsichtiges Vorgehen gegenüber antifaschistischen Protesten einkalkulierten.

No pasaran - Sie kommen nicht durch!

Im Ergebnis standen am 2. Juni verschiedene Veranstaltungen und Aktionsformen nebeneinander: Während der Senat unter SPD-Bürgermeister Scholz versuchte, sich auf dem weit vom Aufmarschgeschehen entfernt liegenden Rathausmarkt als antifaschistische Kraft zu profilieren, und neben Parteigängern auch

zahlreiche ernsthaft antifaschistisch gesinnte BürgerInnen dem Aufruf der SPD folgten, mobilisierte das HBgR einerseits zu einer großen Bündisdemonstration, andererseits zu Menschenblockaden auf der Naziroute.

Dieses Konzept spiegelt eine politische Doppelstrategie wieder, bei der sehr niedrigschwellige Protestformen die Beteiligung an Gegenaktionen ermöglichen sollten, aber auch durch offene und massenhafte Menschenblockaden ein spürbarer und entschiedener Beitrag zur Verhinderung des Aufmarsches mittels zivilen Ungehorsams geleistet werden sollte. Das HBgR hatte im Vorfeld einen Aktionskonsens für seine Blockaden beschlossen und veröffentlicht. Vorbild waren die Gegenaktionen gegen den jährlichen Naziaufmarsch in Dresden, wo mit einem Blockadekonzept letztlich trotz heftiger polizeilicher Repression der große Naziaufmarsch verhindert werden konnte. Ursprünglich waren die Demonstration des HBgR und die Blockaden als Einheit gedacht worden, die jedoch mit der absehbaren Verlegung des Naziaufmarsches nach Wandsbek praktisch nicht mehr umzusetzen war.

Wichtig war auch die autonome Antifamobilisierung, die mehrere hundert entschlossene Antifas zu Gegenaktionen versammelte. Dieser Teil der antifaschistischen Mobilisierung sammelte sich bei der Kundgebung in der Wagnerstraße und hätte an diesem Tag wichtige Impulse setzen können.

Beim Versuch den Ort zu verlassen wurden hunderte AntifaschistInnen eingekesselt und stundenlang in einem fragwürdigen Polizeikessel festgehalten. Siehe hierzu die Auswertung antifaschistischer und autonomer Gruppen (notddz2012.blogspot.eu).

Auf ganzer Linie wenig erfolgreich waren die Nazis mit ihrer Mobilisierung: Nicht einmal 500 Neonazis versammelten sich deutlich nach 12 Uhr in einer polizeilich „national befreiten Zone“ in Wandsbek. Zu diesem Zeitpunkt waren große Teile der Aufmarschroute der Neonazis längst von tausenden GegendemonstrantInnen blockiert.

Sehr aggressiv agierte die Polizei: Während PolizeisprecherInnen im Vorfeld kaum eine Möglichkeit ausließen zu betonen, dass auch die Polizei gegen diesen Aufmarsch sei, so sehr zeigte sie am 2. Juni massive Präsenz mit offiziell 4.500 BeamtenInnen. Und die waren alles andere als zimperlich: Einsatztrupps gingen von Anfang an mit voller Härte gegen antifaschistische BlockiererInnen und DemonstrantInnen vor. Bereits um kurz nach 11 Uhr mussten die ersten Schwerverletzten mit Krankenwagen abtransportiert werden, als bei einer Rangelei mit Polizeiketten gezielt auf die Köpfe der AktivistInnen eingeschlagen wurde. Zeitgleich kam es zu massiven Einsätzen gegen autonomen Antifas, die über lange Stunden in einem Polizeikessel festgesetzt wurden.

Doch trotz der brutalen polizeilichen Repression an diesem Tage und in Relation, dass der Aufmarsch politisch durchgesetzt

werden sollte, waren die antifaschistischen Gegenaktionen erfolgreich. Bis zu 4000 Menschen gelangten auf unterschiedlichsten Wegen auf die ursprüngliche Aufmarschroute der Nazis, umgingen zahlreiche Polizeisperren oder versuchten diese zu durchbrechen und blockierten noch weit vor der eigentlichen Startzeit der Nazis wichtige Punkte der Laufstrecke. Damit hätte der Tag für die Nazis eigentlich gelaufen sein können - die Aufmarschroute war dicht. Aber die Polizei war entschlossen, den Nazis eine neue Aufmarschroute zu geben: Ihr Plan B bestand darin, den Nazis weiter südlich eine neue Aufmarschstrecke zu bahnen: Pferdestaffeln der Polizei ritten hier in Sitzblockaden hinein, BlockiererInnen wurden von der Polizei mit Reizgas, Wasserwerfern und Schlagstöcken malträtirt, danach wurden die Neonazis an den verprügelten AntifaschistInnen vorbei geführt. Die Neonazis hingegen wurden weitgehend von ihren polizeilichen Gegenübern in Ruhe gelassen - diese revanchierten sich für soviel Entgegenkommen auch prompt mit körperlichen Angriffen auf AntifaschistInnen am Rande ihrer neuen Aufmarschstrecke.

Als klar wurde, dass die Polizei eine neue Aufmarschroute durchsetzen wollte, durchbrachen die AktivistInnen der verschiedenen antifaschistischen Blockaden erneut den polizeilichen Absperrring und blockierten nach kurzer Zeit auch die neue Aufmarschroute der Nazis, so dass der Polizeiführung letztlich nichts anderes mehr übrig blieb, als die Nazis nach wenigen hundert Metern wieder in die S-Bahn zu verfrachten.

Nach dem Aufmarsch ist vor dem Aufmarsch...

Unterm Strich war die antifaschistische Mobilisierung an diesem Tag sehr erfolgreich und die Risiko- und Aktionsbereitschaft der AntifaschistInnen ein riesiges Lob wert! Trotz des massiven und oftmals ausgesprochen brutalen Polizeiein-

satzes haben sich die AktivistInnen nicht abschrecken lassen, sondern haben mit großem Engagement und selbstbewusst gegen den Naziaufmarsch protestiert.

Das Konzept eines zuvor erarbeiteten und publizierten Aktionskonsens und dessen konkrete Anwendung hat die Beteiligung sehr vieler Menschen an diesem Konzept ermöglicht und bietet politisch auch viel Potenzial für die Zukunft. Die Gruppen im HBGR und anderen antifaschistischen Bündnissen haben hier ganze Arbeit geleistet und durch die Gesamtheit der antifaschistischen Kampagne viel politischen Spielraum erkämpfen können.

Eine Demonstration an diesem Tag durchzuführen, war unserer Meinung nach grundlegend richtig - allein schon um die sozialdemokratische Imageveranstaltung unter Druck zu setzen und eine niedrigschwellige Beteiligungsform an Protesten gegen den Naziaufmarsch zu ermöglichen. Allerdings war die Art und Weise, wie die Demonstration durchgeführt wurde, eher unglücklich, da sich der Demonstrationzug nicht zu den Blockaden bewegte. Eine politisch problematische Entscheidung - wurde es doch so möglich, die Protestierenden in „gute“ (am Rathausmarkt) und „schlechte“ (in Wandsbek) zu unterteilen. Auch konnte so keine frühzeitige personelle Verstärkung der Blockaden erfolgen.

In der durchgeführten Form erhielt das Demonstrationskonzept auch medial kein nennenswertes Echo, da ausschließlich von der SPD-Veranstaltung zum einen und den Blockaden und vermeintlichen „Krawallen“ zum anderen berichtet wurde. Für uns heißt das in der Konsequenz, dass ein solches Demonstrationskonzept zukünftig grundlegend überdacht werden muss. Bestätigt



hat sich unsere Einschätzung, dass Menschenblockaden eine geeignete und sinnvolle Strategie gegen Naziaufmärsche sind. Sicherlich sind solche Blockaden in Großstädten anders geprägt als im Wendland oder in Heiligendamm. Nichts desto trotz beteiligten sich auch durch den breit veröffentlichten Aktionskonsens mehrere tausend Menschen an diesen Blockaden und erreichten damit, dass der Naziaufmarsch gegen den Willen der Polizei schnell wieder beendet werden musste.

Was jedoch richtig nervte - und auch diesen Punkt müssen wir an dieser Stelle leider erwähnen, waren vereinzelte Gruppen von vermeintlichen GegendemonstrantInnen, die sexistische und homophobe Sprüche in Richtung der Polizei grölten und durch ihre verantwortungslose Praxis andere gefährdeten. Unserer Meinung nach ist das Anzünden von Barrikaden auf den Fluchtwegen von Blockaden mit klar anders definiertem Aktionskonsens schlichtweg dumm. Ebenso verhält es sich mit Stein- und Flaschenwürfen aus weiter Entfernung, die dann die eigenen Leute auf die Köpfe bekommen. Hier sind alle AntifaschistInnen gefordert, solchem Verhalten offensiv entgegen zu treten - Denken hilft!

Aufmerksamkeit verdient auch das Verhalten der Polizei, die entgegen ihrer Ankündigung wieder einmal ausgesprochen gewalttätig den Naziaufmarsch durchsetzte - und dies so „effektiv“, dass die Neonazis der Polizei bei der Abschlusskundgebung dankten. Sowohl die hohe Zahl der eingesetzten BeamtenInnen, als auch das aggressive Vorgehen sprechen eine deutliche Sprache. Auch hätte die Polizeiführung die Möglichkeit gehabt, den Nazis Steine in den Weg zu legen, was diese aber nicht tat. Ob hier unterschiedliche Interessen im Polizeiparapparat vorlagen oder das allgemein oft gewalttätige Vorgehen der Polizei nur im Vorfeld durch eine unorthodoxe PR-Kampagne flankiert wurde, lässt sich von unserem Standpunkt nicht sagen. Klassisch war in jedem Fall die Polizeipresse während und nach dem Aufmarsch: So wurde von der „Gewalt von Links“ schwadroniert, während auf Fotos fast ausschließlich Polizeigewalt zu erkennen war. Die Nazis hatten sicher den einen oder anderen Grund, sich zu freuen, sozuvorkommend verhielt sich die Polizei ihnen gegenüber. Aber das Gefeiße bei polizeilichen Angriffen auf antifaschistische Blockaden kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Neonazis im Norden weiterhin relativ desolat aufgestellt sind und ohne den massiven Polizeischutz nicht mal die wenigen hundert Meter gelaufen wären. We-

niger als 500 Beteiligte bei einer zentralen Aktion in Norddeutschland sind immer noch 500 Idioten zu viel, aber trotz Einsatz von Kadern wie Wulff, Riefling und anderen, zeigt diese mäßige Beteiligung die relative Mobilisierungsschwäche der Nazis.

Für AntifaschistInnen kann dies jedoch kein Grund zum Zurücklehnen sein. Sowohl die Hamburger Netzwerke der Nazis funktionieren nach wie vor, wie auch deren überregionale Strukturen. Hier ist weiterhin entschlossenes antifaschistisches Engagement gefragt. Dass wir uns beim Kampf gegen Rechts nicht auf den Staat und die Polizei verlassen können, zeigt der Aufmarsch am 2. Juni überdeutlich.

Danke an alle, die da waren und sich an den antifaschistischen Kundgebungen und Blockaden beteiligt haben!

Zusammen sind wir stark -

solidarisch, organisiert, erfolgreich -

no pasaran!